

Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung des Bauausschusses

am 18.09.2023 um 19.00 Uhr

- 1) Baugesuche
 - a) Errichtung eines Balkons mit Spindeltreppe, Gemarkung Höpfingen, Heinrich-Sauer-Weg 6, Flst. Nr. 17379
Befreiung zur Überschreitung des Baufensters
 - b) Neubau eines Einspeisumspannwerks inklusive 110 kV-Kabelanbindung, Gemarkung Höpfingen, Gewinn Fünfzehnmorgen Äcker, Flst. Nr. 16076
- 2) Verschiedenes

Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

am 18.09.2023 um 19.05 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Höpfingen

- 1) Neufassung Verwaltungsgebührensatzung
Beratung und Beschlussfassung
- 2) Zuschuss an den TSV Höpfingen e.V.
Beratung und Beschlussfassung
- 3) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren bei Benutzung der Obst- und Festhalle (Festhallengebührenordnung)
Beratung und Beschlussfassung
- 4) Kindergarten Höpfingen
Entwicklung Kindergartenzenzahlen
Information
- 5) Stromliefervertrag
Beratung und Beschlussfassung
- 6) Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - Neubesetzung pädagogische Kindergartenbetriebsleitung
 - Neubesetzung Haupt-/ Bauamtsleiter
 - Grundstücksangelegenheit Mantelsgraben – Weiterveräußerung Grundstück Flst.Nr. 15404
- 7) Bekanntgabe Eilentscheidung
Bitumenabbruch Waldstetten
- 8) PV Anlage Waldstetten
 - a) Projektierer ABO Wind
Beratung und Beschlussfassung
 - b) Projektierer Ranft Projekte 20 GmbH
Beratung und Beschlussfassung
- 9) Zusammensetzung des Gemeinderats
Ausscheiden von Gemeinderätin Rebecca Hauk
Beratung und Beschlussfassung
- 10) Änderungen DGH Waldstetten (Mehr- und Minderkosten)
Beratung und Beschlussfassung
- 11) Grundstücksangelegenheiten
 - a) Kaufanfrage Flst.Nr. 176/1, Engelgasse, Höpfingen
Beratung und Beschlussfassung
 - b) Kaufanfrage Flst.Nr. 173/3 und Teilstück Flst.Nr. 173, Engelgasse, Höpfingen
Beratung und Beschlussfassung
 - c) Kaufanfrage Flst.Nr. 2188, Feldweg Fuchsloch, Waldstetten
Beratung und Beschlussfassung
 - d) Kaufanfrage Flst.Nr. 1055/1, Schönstattstraße, Waldstetten
Beratung und Beschlussfassung

12) Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

- a) Anhörung zum geplanten Wechsel des mit Bescheid vom 29.12.22 genehmigten Anlagentyps für Windkraftanlagen in Hardheim WEA HAR-3 & HAR-2, sowie Höpfingen WEA HÖP-1 & HÖP-2
Information

13) Einwohnerfrageviertelstunde

14) Verschiedenes

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18. September 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Hauptamt

TOP 1: Neufassung Verwaltungsgebührensatzung Beratung und Beschlussfassung

Erläuterungen:

Im Prüfbericht des Kommunalamts wurde unter anderem festgestellt, dass die Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Höpfingen unverändert seit dem 01.01.2002 gilt. Bereits in den letzten beiden Prüfungsberichten wurde hierauf hingewiesen.

Nach der KAG-Novelle 2005 besteht für die Verwaltungsgebühren ein Kostendeckungsgebot (§ 11 Abs. 2 Satz 1 KAG). Die Verwaltungsgebühren sind auf der Grundlage der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten zu kalkulieren und neu festzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen:

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat beschließt die vorgelegt Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Höpfingen.

Anlagen: Verwaltungsgebührensatzung

GEMEINDE HÖPFINGEN

& ORTSTEIL WALDSTETTEN

Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung –VwGebS))

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Höpfingen am 18.09.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

Die Gemeinde Höpfingen erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

§ 2 Gebührenfreiheit

- 1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:
 - a) Gnadensachen,
 - b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
 - c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,
 - d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,
 - e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist,
 - f) die behördliche Informationsgewinnung,
 - g) Verfahren, die von der Gemeinde/Stadt ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.
- 2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit:
 - a) das Land Baden-Württemberg,
 - b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,
 - c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.

- 3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

§ 3 Gebührenschuldner

- 1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet,
 1. dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,
 2. der die Gebühren- und Auslagenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat,
 3. der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- 2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner

§ 4 Gebührenhöhe

- 1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigelegten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr nach Nummer 1 des Gebührenverzeichnisses (Allgemeine Verwaltungsgebühr) zu erheben.
- 2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- 3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.
- 4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 6,00 Euro, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.
- 5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 6,00 Euro. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.

§ 5 Entstehung der Gebühr

- 1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- 2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

§ 6 Fälligkeit, Zahlung

- 1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- 2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Gemeinde Höpfingen kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.
- 3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

§ 7 Auslagen

- 1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde Höpfingen erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festgesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.
- 2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere
 - a) Gebühren für Telekommunikation
 - b) Reisekosten
 - c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen
 - d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung
 - e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen
 - f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- 3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

§ 8 Umsatzsteuer

Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Abgaben, Kostenersätzen und sonstigen Einnahmen (Entgelten) zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu den Entgelten noch die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe

§ 9 Schlussvorschriften

- 1) Diese Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.
- 2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührensatzung vom 06.11.2001 und alle nachfolgenden Änderungssatzungen sowie alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Absatz 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde Höpfigen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Ausgefertigt:
Höpfigen, 18.09.2023

Christian Hauk
Bürgermeister

Gebührenverzeichnis

Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr in €
1.	Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)	6,00 bis 2.500 €
2.	Anträge	
2.1	Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist:	6,00 bis 100,00 €
2.2	Ablehnung eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung): bei Unzuständigkeit gebührenfrei	$\frac{1}{10}$ bis volle Gebühr, mindestens 6,00 €
2.3	Zurücknahme eines Antrags:	$\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{2}$ der vollen Gebühr, mindestens 6,00 €
3.	Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche (mündliche Auskünfte sind gebührenfrei):	5,00 bis 60,00 €
4.	Befreiung (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen:	5,00 bis 500,00 €
5.	Beglaubigung, Bestätigungen	
5.1	Amtliche Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln: Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz.	10,00 bis 60,00 €
5.2	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite:	1,00 bis 5,00 €,
5.3	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite:	1,00 bis 5,00 €,
5.4	Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde/Stadt selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 9) hinzu.	

6.	Bescheinigungen	
6.1	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist):	5,00 €
6.2	Gebührenfrei sind Bestätigungen, die die Gemeinde/Stadt für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftssteuerrechts (z. B. §§ 10 b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen).	
7.	Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen , Konzessionen, Bewilligungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist:	15,00 bis 500,00 €
8.	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch in Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, usw.):	
8.1	wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat:	25,00 bis 200,00 €
8.2	bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührenansatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung).	$\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{2}$ der Gebühr nach 8.1, mindestens 10,00 €
9.	Schreibgebühren	
9.1	Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet).	
9.1.1	für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind:	5,00 €
9.1.2	für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind:	11,00 €
9.1.3	Für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde:	15,00 €
9.2	Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben:	
9.2.1	bei einem Format bis zu DIN A4 je Seite:	1,00 €
9.2.2	bei einem größeren Format je Seite:	1,50 €

10.	Baugesetzbuch Ausstellung eines Negativzeugnisses (Nichtausübung oder Nichtbestehen des Vorkaufsrechts)	20,00 €
11.	Bauordnungsrecht	
11.1	Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnisgabeverfahren (§ 53 Abs. 5 Nr. 1 LBO):	1,0 vom Tausend der Baukosten bzw. Abbruchkosten, mindestens 50,00 €
11.2	Mitteilung nach § 53 Abs. 6 LBO:	Wie 11.1
11.3	Benachrichtigung der Angrenzer und Nachbarn (§ 55 LBO):	5,00 € je zu benachrichtigende m Angrenzer, mindestens 25,00 €
11.4	Bearbeitung einer Baulast - Übernahmeerklärung (inkl. Eintrag ins Baulastenverzeichnis)	35,00 €
11.5	Schriftliche Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis (je Baulast und oder Flurstück)	18,00 €
11.6	Genehmigung von Entwässerungsanlagen oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage	30,00 €
12.	Bestattungsrecht	
12.1	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz):	10,00 bis 25,00 €
12.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung):	10,00 €
13.	Fundsachen Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder	
13.1	Bei Sachen bis zu 500,00 € Wert:	2 % des Werts, mindestens jedoch 1,50 €
13.2	Bei Sachen über 500,00 € Wert:	2 % von 500,00 € und 1 % des Mehrwerts
14.	Gewerbesachen	
14.1	Gewerbean-, ab- und ummeldungen	15,00 €

14.2	Erteilung von Auskünften aus der Gewerbedatei:	10,00 €
14.3	Spiele	
14.3.1	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO):	60,00 bis 600,00 €
14.3.2	Bestätigung gemäß § 33 c Abs. 3 GewO:	60,00 bis 120,00 €
15.	Amtshandlungen im Kirchenaustrittsverfahren je Person	20,00 €
16.	Melderecht	
16.1	Auskünfte aus dem Melderegister	
16.1.1	einfache Auskunft (§ 44 BMG):	8,00 €
16.1.2	elektronische einfache Auskunft über das Meldeportal (§ 49 Abs. 3 BMG i. V. m. § 5 Abs. 1 Satz 4 BW AGBMG):	5,00 €
16.1.3	erweiterte Auskunft (§ 45 BMG):	12,00 €
16.1.4	Gruppenauskunft (§§ 46, 50 Abs. 1, 2 und 3 BMG):	2,50 € jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt
16.1.5	Gruppenauskunft nach Nr. 20.1.4, die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird	20 bis 500,00 €
16.2	Ausstellung einer Wählbarkeitsbescheinigung (§ 10 Abs. 4 KomWG):	15,00 €
16.3	Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde	
16.3.1	Einfache schriftliche Meldebescheinigung (§ 18 Abs. 1 Satz 2 BMG) je Bescheinigung:	5,00 €
16.3.2	Erweiterte schriftliche Meldebescheinigung (§ 18 Abs. 2 BMG) je Bescheinigung:	5,00 €
16.3.3	Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung (werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte):	5,00 €
16.4	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde:	5,00 bis 150,00 €
16.5	Gebührenfrei sind insbesondere:	
16.5.1	die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die	

	Meldebestätigung (§ 24 Abs. 2 BMG)	
16.5.2	die Auskunft an den Betroffenen (§ 10 BMG)	
16.5.3	die Berichtigung und Ergänzung des Melderegisters (§§ 12 und 6 Abs. 1 Satz 1 BMG)	
16.5.4	die Löschung von Daten und Hinweisen (§§ 14 und 15 BMG)	
16.5.5	die Unterrichtung des Betroffenen über die zu seiner Person erteilten erweiterten Melderegisterauskünfte (§ 45 Abs. 2 BMG)	
16.5.6	die Einrichtung von Übermittlungssperren nach § 36 Abs. 2, § 42 Abs. 3 Satz 2 und § 50 Abs. 5 BMG) sowie von Auskunftssperren nach § 51 BMG und bedingten Sperrvermerken nach § 52 BMG	
16.5.7	die Abgabe von Erklärungen nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG	
16.5.8	Datenübermittlungen und Auskünfte zwischen den Meldebehörden nach § 33 BMG	
16.5.9	Datenübermittlungen und Auskünfte an andere öffentliche Stellen im Inland nach § 34 BMG	
16.5.10	die Auskunft an den Wohnungsgeber nach § 50 Abs. 4 BMG	
17	Gaststättenrecht	
17.1	Gestattungen gemäß § 12 GastG bis zu 4 Tagen	25,00 €
18	Sprengstoffrecht	
18.1	Ausnahmegenehmigung von Abbrennen von Feuerwerkskörpern der Klasse II	25,00 €
19	Plakatierung	
19.1	Genehmigung Plakatierung	20,00 €

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18. September 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Kämmerei

TOP 3: Zuschuss an den TSV Höpfingen e.V. Beratung und Beschlussfassung

Erläuterungen:

Der TSV Höpfingen e.V. möchte das Flutlicht auf LED umrüsten und hat die Gemeinde Höpfingen nach einem Zuschuss gebeten.

Im Zuge der aktuellen Energiekrise ist das Einsparen von Energie für uns alle zur Pflicht geworden. Auch der TSV Höpfingen e. V. hat sich mit diesem Thema befasst und will seine bestehende Flutlicht-Anlage auf dem oberen Sportplatz auf LED-Licht umstellen.

Für die Maßnahme hat der Verein bei der Gemeinde Höpfingen nach einer finanziellen Unterstützung erkundigen.

Finanzielle Auswirkungen:

1.500 Euro

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung schlägt vor, dem TSV Höpfingen e.V. einen Zuschuss in Höhe von 1.500 Euro für die Umrüstung der Flutlichtanlage auf LED zu geben.

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18. September 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Kämmerei

TOP 3: Neufassung der Benutzung der Obst- und Festhalle (Festhallengebührenordnung) Beratung und Beschlussfassung

Erläuterungen:

Die Verwaltung beabsichtigt die Satzung der Festhalle zu aktualisieren. Aktuell müssen die Vereine 10% des Umsatzes an die Gemeinde zahlen. Dabei kann es sein, dass der Verein dadurch einen Verlust schreibt.

Festhalle Höpfingen			
Nutzer	Hallenbenutzung	Küchenbenutzung	Beschallungsanlage
Örtliche Vereine*	100,00 €	50,00 €	20,00 €
Private Veranstalter	200,00 €	80,00 €	35,00 €
Kommerzielle Veranstaltungen durch örtliche Verein **	200,00 €	100,00 €	45,00 €
Kommerzielle Veranstaltungen durch sonstige	350,00 €	140,00 €	55,00 €
* örtliche Vereine: Veranstaltungen, die den Vereinszweck entsprechen (z.B. Konzert von Gesangs- und Musikverein, Prunksitzung Faschingsgesellschaft, Theater)			
** Tanzveranstaltungen und sonstige Veranstaltungen durch örtliche Vereine			

Finanzielle Auswirkungen:

Weniger Einnahmen

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung schlägt vor, dass der Gemeinderat der Festhallengebührenordnung gemäß Anlage zustimmt.

GEMEINDE HÖPFINGEN & ORTSTEIL WALDSTETTEN

Satzung über die Erhebung von Gebühren bei Benutzung der Obst- und Festhalle (Festhallengebührenordnung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2 und 9 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Höpfingen am 18. September 2023 folgende Satzung über die Erhebung von Gebühren bei Benutzung der Obst- und Festhalle (Festhallengebührenordnung) beschlossen:

§ 1 Benutzung der Obst- und Festhalle

Die Obst- und Festhalle Höpfingen steht ortsansässigen und auswärtigen, privaten und juristischen Personen und Personengesellschaften sowie Körperschaften zu Veranstaltungen nach vorheriger Genehmigung durch den Bürgermeister gegen Entrichtung der nachstehenden Gebühren zur Verfügung. Die Forderung und Fälligkeit der Gebühren entsteht mit der Genehmigung zur Benutzung. Abgabepflichtig ist der jeweilige Nutzer der Obst- und Festhalle.

§ 2 Grundgebühren

(1) Für Veranstaltungen werden pro Kalendertag folgende Grundgebühren erhoben:

Festhalle Höpfingen			
Nutzer	Hallenbenutzung	Küchenbenutzung	Beschallungsanlage
Örtliche Vereine*	100,00 €	50,00 €	20,00 €
Private Veranstalter	200,00 €	80,00 €	35,00 €
Kommerzielle Veranstaltungen durch örtliche Verein **	200,00 €	100,00 €	45,00 €
Kommerzielle Veranstaltungen durch sonstige	350,00 €	140,00 €	55,00 €
* örtliche Vereine: Veranstaltungen, die den Vereinszweck entsprechen (z.B. Konzert von Gesangs- und Musikverein, Prunksitzung Faschingsgesellschaft, Theater)			
** Tanzveranstaltungen und sonstige Veranstaltungen durch örtliche Vereine			

- (2) Als Nutzungstag gilt die Nutzung der Halle von 13.00 Uhr eines Tages bis 12.00 Uhr des Folgetages. Wird die Halle am Veranstaltungstag übernommen und am nächsten Tag bis 12.00 Uhr wieder an die Gemeinde übergeben, fällt die Grundgebühr nur für einen Nutzungstag an.

§ 3 Besondere Gebühren

- (1) Der Veranstalter hat die Verbrauchskosten (Strom, Wasser, Gas, Telefon, Papierhandtücher, Toilettenpapier usw.) zu entrichten.
- (2) Die Reinigung der Halle und insbesondere der Küche erfolgt durch Reinigungspersonal der Gemeinde. Sie wird dem Veranstalter nach dem tatsächlichen Aufwand in Rechnung gestellt.
- (3) Aufstellen und Abräumen der Bestuhlung ist Sache des Veranstalters. Auf Wunsch des Mieters wird das Aufstellen und Abräumen der Bestuhlung gegen Berechnung des tatsächlichen Aufwandes durch die Gemeinde veranlasst.
- (4) Für die Gardarobenaufsicht hat der Veranstalter unter Kostentragung selbst zu sorgen.
- (6) Bei kurzfristiger Absage der genehmigten Veranstaltung (10 Tage vor Veranstaltungstermin) sind für die Bereitstellung der Obst- und Festhalle 50 % der normalerweise nach § 2 Abs. 1 zu berechnenden Grundgebühren zu bezahlen.

§ 4 Umsatzsteuer

Soweit die in § 2 und § 3 genannten Gebühren der Umsatzsteuer unterliegen, wird diese in der jeweils gültigen Höhe dem Veranstalter in Rechnung gestellt.

§ 5 Kautions

Bei allen Veranstaltungen wird eine Kautions wie folgt erhoben:

1. 500,00 € für die zu erwartenden Benutzungsgebühren. Die Kautions wird mit den tatsächlich entstandenen Benutzungsgebühren verrechnet.
2. Weitere 500,00 € als Sicherheit dafür, dass die Auflage, wonach Getränke ausschließlich von dem von der Gemeinde autorisierten Lieferanten bezogen werden dürfen, eingehalten wird. Wird vom Veranstalter gegen diese Auflage verstoßen, dann verfällt diese Kautions als Vertragsstrafe.

§ 6 Abgeltung von Schäden

Festgestellte Schäden an Gebäude, Mobiler, Beschallungsanlage und Geschirr werden dem Veranstalter in Höhe der Wiederherstellungs- bzw. Wiederbeschaffungskosten in Rechnung gestellt.

§ 7 Sonstige Veranstaltungen

Werden bei Veranstaltungen auf dem Festplatz Räumlichkeiten, insbesondere Toiletten, benutzt, hat der Veranstalter die Reinigungs- und Verbrauchskosten zu entrichten.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.10.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren bei der Benutzung der Obst- und Festhalle (Festhallengebührenordnung) vom 01.09.2020 außer Kraft.

Hinweis nach § 4 Abs. 4 Satz 4 GemO:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg oder aufgrund der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Absatz 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde Höpfingen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Höpfingen, den 19.09.2023

Christian Hauk
Bürgermeister

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18.09.2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Sekretariat

TOP 6: Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung vom 24.07.2023 gefassten Beschlüsse

Neueinstellung Haupt/Bauamtsleitung

Der Gemeinderat wählt einstimmig einen Bewerber als Haupt-/Bauamtsleiter.

Neueinstellung pädagogische Kindergartenbetriebsleitung

Der Gemeinderat wählt mehrheitlich eine Bewerberin als Pädagogische Kindergartenbetriebsleitung.

Grundstücksangelegenheiten

Der Gemeinderat stimmt der Weiterveräußerung des Grundstücks, Flst.Nr. 15404 zu.

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18. September 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Bauamt

TOP 7: Bekanntgabe Eilentscheidung Bitumenabbruch Waldstetten Information

Erläuterungen:

Auf der Fläche hinter der Turnhalle Waldstetten (Bauplatz Dorfgemeinschaftshaus) befanden sich ca. 810m² nicht teerhaltige Asphaltfläche sowie ca. 115m² Pflasterflächen. Ursprünglich war geplant diese durch den Bauhof abbrechen und entsorgen zu lassen. Im Zuge der Abbrucharbeiten ergab sich die Möglichkeit diese Tätigkeiten zu einem Gesamtpreis von brutto 10.342,65€ durch das vor Ort tätige Abbruchunternehmen Fa. Leis durchführen zu lassen. Um einen reibungslosen Bauablauf zu gewährleisten und vom günstigen Preis zu profitieren hat Bürgermeister diese Leistung als Eilentscheidung beauftragt.

Finanzielle Auswirkungen:

10.342,65€ - im Projektbudget DGH / Abbruch Turnhalle berücksichtigt

Beschlussempfehlung:

-

Anlagen:

-

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18. September 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Hauptamt

TOP 9: Zusammensetzung des Gemeinderats
Ausscheiden von Gemeinderätin Rebecca Hauk
Beratung und Beschlussfassung

Erläuterungen:

Im Verlaufe einer Wahlperiode geschieht es hin und wieder, dass gewählte Mitglieder aufgrund des § 29 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) aus dem Gemeinderat ausscheiden (sog. Hinderungsgründe).

Entsteht bei einem Gemeinderatsmitglied im Laufe der Amtszeit ein Hinderungsgrund, dann scheidet es kraft Gesetzes zwingend aus dem Gemeinderat aus (§ 31 Abs. 1 GemO). Dennoch ist der Gemeinderat verpflichtet, in einem solchen Fall einen förmlichen Beschluss über das Ausscheiden des betreffenden Gemeinderats zu fassen, auch wenn dieser Beschluss rein deklaratorischen Charakter trägt. Der Gemeinderat kann hier lediglich einen vorhandenen Tatbestand für das Ausscheiden feststellen, einen Ermessensspielraum hat er hier nicht.

Frau Gemeinderätin Rebecca Hauk muss aus dem Gemeinderat gemäß § 29 GemO i.V.m. § 31 GemO ausscheiden. Sie kann ihr Gemeinderatsmandat aufgrund eines Hinderungsgrundes nicht mehr ausüben. Der Gemeinderat muss das Vorliegen des Hinderungsgrundes ausdrücklich feststellen.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat stellt gemäß § 29 Abs. 5 GemO fest, dass bei Gemeinderätin Rebecca Hauk ein Hinderungsgrund gemäß § 29 vorliegt.

Anlagen: §§29, 31 Abs. 1 GemO

§ 29

Hinderungsgründe

(1) Gemeinderäte können nicht sein

1.

- a) Beamte und Arbeitnehmer der Gemeinde,
- b) Beamte und Arbeitnehmer eines Gemeindeverwaltungsverbands, eines Nachbarschaftsverbands und eines Zweckverbands, dessen Mitglied die Gemeinde ist, sowie der erfüllenden Gemeinde einer vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft, der die Gemeinde angehört,
- c) leitende Beamte und leitende Arbeitnehmer einer sonstigen Körperschaft des öffentlichen Rechts, wenn die Gemeinde in einem beschließenden Kollegialorgan der Körperschaft mehr als die Hälfte der Stimmen hat, oder eines Unternehmens in der Rechtsform des privaten Rechts, wenn die Gemeinde mit mehr als 50 vom Hundert an dem Unternehmen beteiligt ist, oder einer selbstständigen Kommunalanstalt der Gemeinde oder einer gemeinsamen selbstständigen Kommunalanstalt, an der die Gemeinde mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist,
- d) Beamte und Arbeitnehmer einer Stiftung des öffentlichen Rechts, die von der Gemeinde verwaltet wird,

2. Beamte und Arbeitnehmer der Rechtsaufsichtsbehörde, der oberen und der obersten Rechtsaufsichtsbehörde, die unmittelbar mit der Ausübung der Rechtsaufsicht befasst sind, sowie leitende Beamte und leitende Arbeitnehmer der Gemeindeprüfungsanstalt.

Satz 1 findet keine Anwendung auf Arbeitnehmer, die überwiegend körperliche Arbeit verrichten.

(2) *(aufgehoben)*

(3) *(aufgehoben)*

(4) *(aufgehoben)*

(5) Der Gemeinderat stellt fest, ob ein Hinderungsgrund nach Absatz 1 gegeben ist; nach regelmäßigen Wahlen erfolgt die Feststellung vor der Einberufung der ersten Sitzung des neuen Gemeinderats.

§ 31

Ausscheiden, Nachrücken, Ergänzungswahl

(1) Aus dem Gemeinderat scheiden die Mitglieder aus, die die Wählbarkeit (§ 28) verlieren. Das Gleiche gilt für Mitglieder, bei denen ein Hinderungsgrund (§ 29) im Laufe der Amtszeit entsteht. Die Bestimmungen über das Ausscheiden aus einem wichtigen Grund bleiben unberührt. Der Gemeinderat stellt fest, ob eine dieser Voraussetzungen gegeben ist. Für Beschlüsse, die unter Mitwirkung von Personen nach Satz 1 oder nach § 29 zu Stande gekommen sind, gilt § 18 Abs. 6 entsprechend. Ergibt sich nachträglich, dass eine in den Gemeinderat gewählte Person im Zeitpunkt der Wahl nicht wählbar war, ist dies vom Gemeinderat festzustellen.

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18. September 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Bauamt

TOP 11: Grundstücksangelegenheiten Beratung und Beschlussfassung

a) Kaufanfrage Flst.Nr. 176/1, Engelgasse, Höpfingen

Erläuterungen:

Ein Anlieger hat eine Kaufanfrage gestellt um das 70m² große Grundstück dauerhaft als private KFZ oder Wohnmobil-Stellfläche nutzen zu können.



Gemäß BORIS-BW entspricht das Grundstück einer „Gemischten Baufläche“ zu 73€/m²

Für das Grundstück gibt es aktuell keine Verwendungsplanung.

Finanzielle Auswirkungen:

73€/m² * 70m² = 5.110,00€

Beschlussempfehlung:

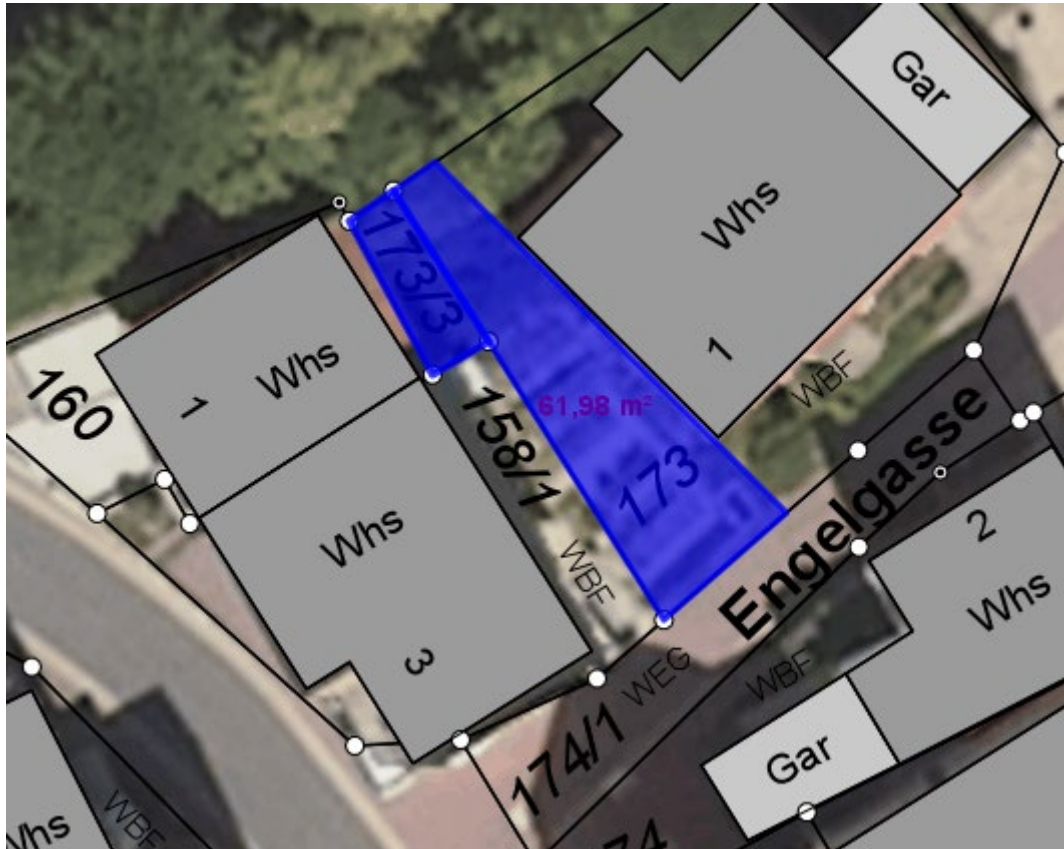
Der Gemeinderat beschließt den Verkauf des 70m² großen Flurstückes Nr. 176/1 in der Engelgasse zu einem Gesamtpreis von 5.110,00€.

GEMEINDE HÖPFINGEN & ORTSTEIL WALDSTETTEN

b) Kaufanfrage Flst.Nr. 173/3 und Teilstück Flst.Nr. 173, Engelgasse, Höpfingen

Erläuterungen:

Ein Anlieger hat eine Kaufanfrage für das Flst.Nr. 173/3 mit 12m² sowie für eine Teilfläche von Flst.Nr. 173 mit ca. 60m² gestellt.



Für die Flächen gibt es aktuell keine Verwendungsplanung. Eine vorhandene Baulast verhindert eine Bebauung der betroffenen Teilfläche. Eine notwendige Anpassung der Baulast im Falle eines Verkaufes ist noch zu prüfen. Negative Auswirkungen auf die Asylunterkunft Engelgasse 1 sind nach derzeitigem Stand nicht zu erwarten.

Gemäß BORIS-BW entspricht das Grundstück einer „Gemischten Baufläche“ zu 73€/m²

Finanzielle Auswirkungen:

$73\text{€/m}^2 \cdot 72\text{m}^2 = 5.256,00\text{€}$

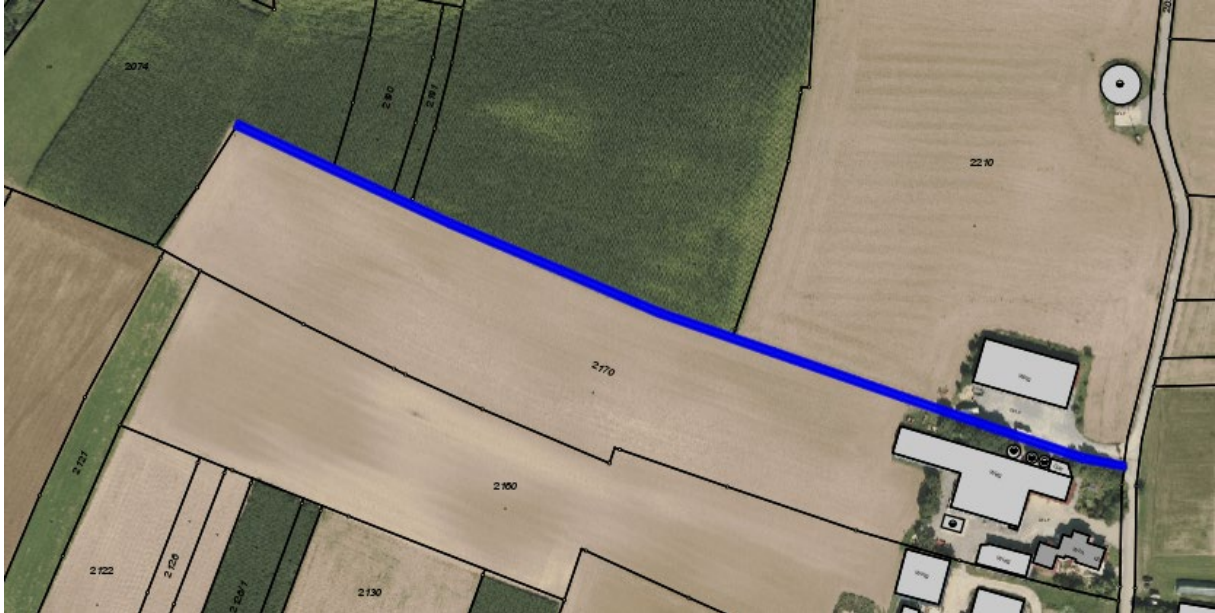
Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat beschließt den Verkauf des Flst.Nr. 173/3 mit 12m² sowie einer Teilfläche von Flst.Nr. 173 mit ca. 60m² in der Engelgasse zu einem Gesamtpreis von 5.256,00€.

c) Kaufanfrage Flst.Nr. 2188, Feldweg Fuchsenloch, Waldstetten

Erläuterungen:

Ein Anlieger hat eine Kaufanfrage gestellt um das 1044m² große Feldwegegrundstück Flst.Nr. 2188 im Fuchsenloch in seinen landwirtschaftlichen Betrieb zu integrieren und teilweise befestigen zu können.



Im Falle einer Verkaufsentscheidung ist ein Entwidmungsverfahren des öffentlichen Wegegrundstückes notwendig, bevor ein tatsächlicher Grundstücksverkauf erfolgen kann.

Um die öffentlich-rechtliche Erschließung der am Weg angrenzenden Flurstücke weiterhin zu gewährleisten ist außerdem die Eintragung einer entsprechenden Baulast notwendig.

Der Ortschaftsrat Waldstetten hat keine Einwände zu dieser Kaufanfrage.

Gemäß BORIS-BW entspricht das Grundstück:

- einer „sonstigen Fläche“ zu 7€/m²
- einer „Landwirtschaftlichen Fläche“ zwischen 0,50€ und 1,50€/m²

Finanzielle Auswirkungen:

7€/m ²	* 1044m ²	= 7.308,00€
1,50€/m ²	* 1044m ²	= 1.566,00€
0,50€/m ²	* 1044m ²	= 522,00€

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat beschließt den Verkauf des 1044m² großen Flurstückes Nr. 2188 im Fuchsenloch Waldstetten zu einem Gesamtpreis von ...€. Die Verwaltung wird beauftragt die Verfahren für eine Baulasteintragung sowie die Entwidmung des öffentlichen Weges einzuleiten.

GEMEINDE HÖPFINGEN & ORTSTEIL WALDSTETTEN

d) Kaufanfrage Flst.Nr. 1055/1, Schönstattstraße, Waldstetten

Erläuterungen:

Ein Anlieger hat eine Kaufanfrage für das 162m² große Flst.Nr.1055/1 an der Schönstattstraße in Waldstetten.



Für das Grundstück gibt es aktuell keine Verwendungsplanung.

Der Ortschaftsrat Waldstetten hat keine Einwände zu dieser Kaufanfrage.

Gemäß BORIS-BW entspricht das Grundstück einer „Gemischten Baufläche“ zu 37€/m²

Finanzielle Auswirkungen:

37€/m² * 162m² = 5.994,00€

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat beschließt den Verkauf des Flst.Nr. 1055/1 mit 162m² in der Schönstattstraße Waldstetten zu einem Gesamtpreis von 5.994,00€.

Anlagen:

-

Sitzungsvorlage

Gremium:	Gemeinderat	Termin: 18. September 2023
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich	Bearbeitung: Bauamt

TOP 12: Beteiligung Träger öffentlicher Belange

Anhörung zum geplanten Wechsel des mit Bescheid vom 29.12.22 genehmigten Anlagentyps für Windkraftanlagen in Hardheim WEA HAR-3 & HAR-2, sowie Höpfingen WEA HÖP-1 & HÖP-2 Information

Erläuterungen:

Mit Schreiben vom 15.08.2023 wurde die Gemeindeverwaltung in oben genanntem Betreff durch das Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis angehört und um Stellungnahme gebeten. Die Abgabefrist hierfür endet bereits am 14.09.2023 und eine beantragte Fristverlängerung wurde nicht zugelassen. Das Thema wurde daher bereits vorab durch Bürgermeister Hauk in Abstimmung mit seinen Stellvertretern behandelt und eine Stellungnahme durch die Verwaltung abgegeben. Folgende Änderungen ergeben sich durch den Wechsel der Anlagentypen:

- WEA HÖP-1: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-115 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,0 MW, einer Nabenhöhe von 148,80 m, einem Rotordurchmesser von 115,71 m und einer Gesamthöhe von 206,65 m in den Typ Enercon E-115 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 148,80 m, einem Rotordurchmesser von 115,71 m und einer Gesamthöhe von 206,84 m
- WEA HÖP-2: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m
- WEA HAR-2: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 130,80 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,90 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 130,64 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,76 m
- WEA HAR-3: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 130,80 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,90 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 130,64 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,76 m

Die Standortkoordinaten bleiben jeweils in Bezug auf die Genehmigung vom 29.12.2022 gleich.

Da die Änderungen durch den Wechsel des Anlagentyps nur minimale Auswirkungen haben, wurden keine Anregungen oder Einwände mitgeteilt.

Finanzielle Auswirkungen:

-

Beschlussempfehlung:

-

Anlagen:

- Anschreiben LRA NOK zu allen drei Anhörungen

siehe Verteiler

sabell Grimm

Gebäude 1 - Zimmer 021
Telefon: 06261 / 84 1769
Telefax: 06261 / 84 4702
sabell.Grimm@neckar-odenwald-kreis.de

15.08.2023

**Antrag der Firma EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für die zwei Windkraftanlagen HÖP-1 und HÖP-2 (Wechsel Anlagentyp)
Aktenzeichen: 2.152/OZ.: 224**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Entscheidung vom 29.12.2022 wurde der EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von zwei Windkraftanlagen (HÖP-1 und HÖP-2) erteilt. Zusammen mit den drei ebenfalls am 29.12.2022 immissionsschutzrechtlich genehmigten Windkraftanlagen der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG in Hardheim (HAR-1 + HAR-2, HAR-3) bilden sie den Windpark „Kornberg-Dreimärker“.

Der o.g. Änderungsgenehmigungsantrag vom 28.06.2023 wurde am 04.07.2023 beim Landratsamt eingereicht. Die Firma EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG plant mit diesem Antrag den Wechsel des bisher genehmigten Anlagentyps wie folgt:

- WEA HÖP-1: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-115 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,0 MW, einer Nabenhöhe von 148,80 m, einem Rotordurchmesser von 115,71 m und einer Gesamthöhe von 206,65 m in den Typ Enercon E-115 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 148,80 m, einem Rotordurchmesser von 115,71 m und einer Gesamthöhe von 206,84 m
- WEA HÖP-2: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 160 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m, einer Gesamthöhe von 229,13 m

Die Standortkoordinaten bleiben in Bezug auf die Genehmigung vom 29.12.2022 gleich.

Die EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG beantragte ebenfalls einen Wechsel des genehmigten Anlagentyps für die genehmigten Windkraftanlagen HAR-2 und HAR-3 des gleichen Windparks.

Wichtiger Hinweis (Verzicht Windkraftanlage HAR-1):

Gemäß den Antragsunterlagen zum Wechsel des Anlagentyps der Windkraftanlage HAR-2 erklärt die Vorhabenträgerin den Teilverzicht auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 29.12.2022, soweit hierdurch die Errichtung und der Betrieb der Windkraftanlage HAR-1 auf dem Grundstück Flst.-Nr. 5409 der Gemarkung Hardheim-Bretzingen zugelassen wird. Das bedeutet, dass die Errichtung der Windkraftanlage HAR-1 seitens der Vorhabenträgerin nicht länger weiterverfolgt wird, die Windkraftanlage HAR-2 jedoch mit einem Wechsel des Anlagentyps errichtet werden soll.

Der Teilverzicht wird von der Vorhabenträgerin allerdings unter der Bedingung erklärt, dass die beantragte Änderungsgenehmigung bzgl. des Typenwechsels für die Windkraftanlage HAR-2 erteilt wird. Lediglich die Immissionsschutzbehörde kann den Eintritt dieser Bedingung herbei führen, da diese auch die Genehmigungsbehörde der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022 war, sodass für die Beurteilung der Zulässigkeit des Typenwechsels bereits von einer Wirksamkeit des Verzichts auszugehen ist.

Die Anforderungen an den Wechsel eines Anlagentyps ergeben sich aus § 16b Abs. 7 Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Demnach müssen im Rahmen des Änderungsverfahren nur dann Anforderungen geprüft werden, soweit durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können. Die behördliche Prüfung ist somit auf zusätzliche Auswirkungen durch das Änderungsvorhaben beschränkt.

Die Unterlagen zum Antrag auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für den Anlagentypwechsel (einschließlich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022) bei den Windkraftanlagen HÖP-1 und HÖP-2 können unter dem Link

<https://cloud.neckar-odenwald-kreis.de/s/gAmMrHqHQgHStX9>

abgerufen werden. Das Passwort wird in einer separaten Mail übermittelt.

Jede Weitergabe, Nutzungsüberlassung, Vervielfältigung etc. an Dritte ist ohne vorherige Zustimmung durch die Genehmigungsbehörde nicht gestattet.

Sie erhalten für jeden Änderungsgenehmigungsantrag eine gesonderte Anhörung gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG mit den jeweils zugehörigen Antragsunterlagen. Wir bitten darum, die Stellungnahmen auch für jeden Antrag getrennt abzugeben.

Bei der vorliegenden Fachstellenanhörung zum Änderungsgenehmigungsantrag ist nur der Typenwechsel - jedoch bereits unter Berücksichtigung des Verzichts auf die Windkraftanlage HAR-1 zu beurteilen. Hinsichtlich des Verzichts und die damit verbundene etwaige Änderung der festgesetzten Nebenbestimmungen der Genehmigung vom 29.12.2022 ergeht eine separate Anhörung der betroffenen Fachstellen zu einem späteren Zeitpunkt.

Da Ihr Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, bitten wir zunächst um Prüfung, ob gemäß den o.g. Anforderungen an einen Anlagentypenwechsel durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können (§ 10 Abs. 5 BImSchG bzw. § 16b Abs. 7 BImSchG).

Trifft dies zu, bitten wir im nächsten Schritt um Durchsicht, ob die vorliegenden Pläne und Beschreibungen aus Ihrer Sicht für die weitergehende Prüfung vollständig sind. Sollten die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung nicht ausreichend sein und weitere Unterlagen benötigt werden, bitten wir Sie, uns dies spätestens bis zum **29.08.2023** mitzuteilen. Eine Rückmeldung ist auf jeden Fall erforderlich.

Wenn die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung ausreichend sind, bitten wir um abschließende Stellungnahme zum Vorhaben bis spätestens **14.09.2023** (§ 10 Abs. 5 BImSchG).

Wir weisen darauf hin, dass gemäß § 10 Abs. 5 Satz 2 BImSchG davon auszugehen ist, dass die beteiligte Behörde sich bei einem Verfahren zur Genehmigung einer Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien nicht äußern will, wenn sie innerhalb einer Frist von einem Monat keine Stellungnahme abgegeben hat.

Bitte beachten Sie bei der Abgabe Ihrer Stellungnahme die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien nach § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023). In Ihrer Stellungnahme ist das überragende öffentliche Interesse und die Dienlichkeit der Errichtung und des Betriebes von Erneuerbaren-Energie-Anlagen für die öffentliche Sicherheit besonders zu berücksichtigen.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt nach § 13 BImSchG andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme der im Gesetz genannten Entscheidungen mit ein. Da die materiellen Vorschriften, die für das ersetzte Verfahren gelten, im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beachten sind, bitten wir, Bedingungen, Auflagen und inhaltliche Beschränkungen zu Ihrem Aufgabenbereich mitzuteilen, damit diese in der Genehmigung berücksichtigt und mitaufgenommen werden können.

Sollten zur Verwirklichung des Vorhabens anlagenbezogene Befreiungen, Ausnahmen oder ähnliche Entscheidungen erforderlich sein (z.B. § 67 BNatSchG i.V.m § 54 NatSchG), bitten wir in der Stellungnahme die Rechtsgrundlage anzugeben und zu begründen sowie einen Entscheidungsvorschlag zu formulieren. Wir bitten darum, erforderliche Nebenbestimmungen auf einem gesonderten Blatt beizufügen.

Für eine leichtere und schnellere Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen bitten wir Sie, Ihre Stellungnahme in Papierform und zusätzlich elektronisch an die E-Mail-Adresse Isabell.Grimm@neckar-odenwald-kreis.de zu übersenden. Sollten Sie Ihrer Stellungnahme Pläne beifügen, bitten wir um Übersendung von zwei Fertigungen in Papierform und zusätzlich in elektronischer Form.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Grimm

Anlage beteiligte Stellen

Hinweise zum Datenschutz gem. Art. 13 und Art. 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) finden Sie unter www.neckar-odenwald-kreis.de/Datenschutz.de. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese auch in Papierform zu.

Nur für die Sachgebiete des Landratsamtes:

Nach Ziff. 01.01.00-01 der Anlage zur Gebührenverordnung des Landratsamtes ist für jeden wahrgenommenen Außendiensttermin eine Wegstreckenpauschale zu erheben. Wir bitten daher, den Vordruck auszufüllen und mit Ihrer fachlichen Stellungnahme an uns zurückzugeben.

Diesen finden Sie unter G:\Verfahrensunterlagen - FB2

Verteiler: -die Versendung erfolgt ausschließlich elektronisch-

1. Sachgebiet Gewerbeaufsicht
im Hause
marco.mayer@neckar-odenwald-kreis.de
melanie.benter@neckar-odenwald-kreis.de

2. Sachgebiet Naturschutz
im Hause
Naturschutz@neckar-odenwald-kreis.de

Wir bitten um naturschutzfachliche und naturschutzrechtliche Stellungnahme.

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Höpfingen 1 und Höpfingen 2 auf dem Gebiet der Gemeinde Höpfingen“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 02.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

3. Umwelt-Technik und Naturschutz
Bodenschutz und Grundwasserschutz
im Hause
freddy.hasselbach@neckar-odenwald-kreis.de
rainer.beer@neckar-odenwald-kreis.de

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Höpfingen 1 und Höpfingen 2 auf dem Gebiet der Gemeinde Höpfingen“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 02.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

4. Feuerwehrwesen / Bevölkerungsschutz
Kreisbrandmeister
im Hause
joerg.kirschenlohr@neckar-odenwald-kreis.de

5. Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn
Baurechtsamt
Friedrich-Ebert-Str. 11
74731 Walldürn
info@gvv-hw.de

6. Gemeinde Höpfingen
Heidelbergerstraße 23
74746 Höpfingen
gemeinde@hoepfingen.de
7. Stadt Walldürn
Burgstraße 3
74731 Walldürn
stadt@wallduern.de
8. Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2, Luftverkehr
Industriestr. 5
70565 Stuttgart
bauschutz-luftverkehr@rps.bwl.de

Luftfahrthindernisse sind ab 100 Metern über Grund zu kennzeichnen. Außerdem befindet sich das Vorhaben in der Nähe des Verkehrslandeplatzes Walldürn. Sie haben in dem früheren Genehmigungsverfahren mit Schreiben vom 15.06.2021 zu den luftfahrtrechtlichen Belangen Stellung genommen und der Errichtung und dem Betrieb der Anlagen HÖP-1 und HÖP-2 nach § 14 Abs. 1 LuftVG zugestimmt. Sollte eine erneute Zustimmung erforderlich sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung. Auf die nur dann geltende 2 Monatsfrist wird hingewiesen.

9. Regierungspräsidium Karlsruhe
Stabsstelle Energiewende, Windenergie u. Klimaschutz
Markgrafenstr. 46
76133 Karlsruhe
stewk@rpk.bwl.de

Bitte um Stellungnahme unter Bezug auf § 26 KlimaG BW.

siehe Verteiler

Landratsamt
Fachbereich 2
Umwelt – Recht
Immissionsschutz

Renzstraße 10
74821 Mosbach

www.neckar-odenwald-kreis.de

Gudrun Westenhöfer

Gebäude 1 - Zimmer 022
Telefon: 06261 / 84 1762
Telefax: 06261 / 84 4702
Gudrun.Westenhoefer
@neckar-odenwald-kreis.de

15.08.2023

Antrag der Firma EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für eine Windkraftanlage HAR-2 (Wechsel Anlagentyp)

Aktenzeichen: 2.152/OZ.: 228

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Entscheidung vom 29.12.2022 wurde der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von zwei Windkraftanlagen (HAR-1 und HAR-2) erteilt. Zusammen mit den drei ebenfalls am 29.12.2022 immissionsschutzrechtlich genehmigten Windkraftanlagen der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG in Hardheim (HAR-3) und der EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG in Höpfingen (HÖP-1 und HÖP-2) und bilden sie den Windpark „Kornberg-Dreimärker“.

Der o.g. Änderungsgenehmigungsantrag vom 28.06.2023 wurde am 04.07.2023 beim Landratsamt eingereicht. Die Firma EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG plant mit diesem Antrag den Wechsel des bisher genehmigten Anlagentyps wie folgt:

- WEA HAR-2: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 130,80 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,90 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 130,64 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,76 m

Die Standortkoordinaten bleiben in Bezug auf die Genehmigung vom 29.12.2022 gleich.

Die EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG beantragte ebenfalls einen Wechsel des genehmigten Anlagentyps für die genehmigte Windkraftanlage HAR-3 und die EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG für die Windkraftanlagen HÖP-1 und HÖP-2 des gleichen Windparks.

Wichtiger Hinweis (Verzicht Windkraftanlage HAR-1):

Gemäß den Antragsunterlagen zum Wechsel des Anlagentyps der Windkraftanlage HAR-2 erklärt die Vorhabenträgerin den Teilverzicht auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 29.12.2022, soweit hierdurch die Errichtung und der Betrieb der Windkraftanlage HAR-1 auf dem Grundstück Flst.-Nr. 5409 der Gemarkung Hardheim-Bretzingen zugelassen wird. Das bedeutet,

dass die Errichtung der Windkraftanlage HAR-1 seitens der Vorhabenträgerin nicht länger weiterverfolgt wird, die Windkraftanlage HAR-2 jedoch mit einem Wechsel des Anlagentyps errichtet werden soll.

Der Teilverzicht wird von der Vorhabenträgerin allerdings unter der Bedingung erklärt, dass die beantragte Änderungsgenehmigung bzgl. des Typenwechsels für die Windkraftanlage HAR-2 erteilt wird. Lediglich die Immissionsschutzbehörde kann den Eintritt dieser Bedingung herbei führen, da diese auch die Genehmigungsbehörde der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022 war, sodass für die Beurteilung der Zulässigkeit des Typenwechsels bereits von einer Wirksamkeit des Verzichts auszugehen ist..

Die Anforderungen an den Wechsel eines Anlagentyps ergeben sich aus § 16b Abs. 7 Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Demnach müssen im Rahmen des Änderungsgenehmigungsverfahrens nur dann Anforderungen geprüft werden, soweit durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können. Die behördliche Prüfung ist somit auf zusätzliche Auswirkungen durch das Änderungsvorhaben beschränkt.

Die Unterlagen zum Antrag auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für den Anlagentypwechsel (einschließlich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022) bei der Windkraftanlage HAR-2 können unter dem Link

<https://cloud.neckar-odenwald-kreis.de/s/P23DLqFKQiZwgkR>

abgerufen werden. Das Passwort wird in einer separaten Mail übermittelt.

Jede Weitergabe, Nutzungsüberlassung, Vervielfältigung etc. an Dritte ist ohne vorherige Zustimmung durch die Genehmigungsbehörde nicht gestattet.

Sie erhalten für jeden Änderungsgenehmigungsantrag eine gesonderte Anhörung gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG mit den jeweils zugehörigen Antragsunterlagen. Wir bitten darum, die Stellungnahmen auch für jeden Antrag getrennt abzugeben.

Bei der vorliegenden Fachstellenanhörung zum Änderungsgenehmigungsantrag ist nur der Typenwechsel - jedoch bereits unter Berücksichtigung des Verzichts auf die Windkraftanlage HAR-1 zu beurteilen. Hinsichtlich des Verzichts und die damit verbundene etwaige Änderung der festgesetzten Nebenbestimmungen der Genehmigung vom 29.12.2022 ergeht eine separate Anhörung der betroffenen Fachstellen zu einem späteren Zeitpunkt.

Da Ihr Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, bitten wir zunächst um Prüfung, ob gemäß den o.g. Anforderungen an einen Anlagentypenwechsel durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können (§ 10 Abs. 5 BImSchG bzw. § 16b Abs. 7 BImSchG).

Trifft dies zu, bitten wir im nächsten Schritt um Durchsicht, ob die vorliegenden Pläne und Beschreibungen aus Ihrer Sicht für die weitergehende Prüfung vollständig sind. Sollten die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung nicht ausreichend sein und weitere Unterlagen benötigt werden, bitten wir Sie, uns dies spätestens bis zum **29.08.2023** mitzuteilen. Eine Rückmeldung ist auf jeden Fall erforderlich.

Wenn die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung ausreichend sind, bitten wir um abschließende Stellungnahme zum Vorhaben bis spätestens **14.09.2023** (§ 10 Abs. 5 BImSchG).

Wir weisen darauf hin, dass gemäß § 10 Abs. 5 Satz 2 BImSchG davon auszugehen ist, dass die beteiligte Behörde sich bei einem Verfahren zur Genehmigung einer Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien nicht äußern will, wenn sie innerhalb einer Frist von einem Monat keine Stellungnahme abgegeben hat.

Bitte beachten Sie bei der Abgabe Ihrer Stellungnahme die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien nach § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023). In Ihrer Stellungnahme ist das überragende öffentliche Interesse und die Dienlichkeit der Errichtung und des Betriebes von Erneuerbaren-Energie-Anlagen für die öffentliche Sicherheit besonders zu berücksichtigen.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt nach § 13 BImSchG andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme der im Gesetz genannten Entscheidungen mit ein. Da die materiellen Vorschriften, die für das ersetzte Verfahren gelten, im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beachten sind, bitten wir, Bedingungen, Auflagen und inhaltliche Beschränkungen zu Ihrem Aufgabenbereich mitzuteilen, damit diese in der Genehmigung berücksichtigt und mitaufgenommen werden können.

Sollten zur Verwirklichung des Vorhabens anlagenbezogene Befreiungen, Ausnahmen oder ähnliche Entscheidungen erforderlich sein (z.B. § 67 BNatSchG i.V.m § 54 NatSchG), bitten wir in der Stellungnahme die Rechtsgrundlage anzugeben und zu begründen sowie einen Entscheidungsvorschlag zu formulieren. Wir bitten darum, erforderliche Nebenbestimmungen auf einem gesonderten Blatt beizufügen.

Für eine leichtere und schnellere Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen bitten wir Sie, Ihre Stellungnahme in Papierform und zusätzlich elektronisch an die E-Mail-Adresse Isabell.Grimm@neckar-odenwald-kreis.de zu übersenden. Sollten Sie Ihrer Stellungnahme Pläne beifügen, bitten wir um Übersendung von zwei Fertigungen in Papierform und zusätzlich in elektronischer Form.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i.V.
Grimm

Anlage beteiligte Stellen

Hinweise zum Datenschutz gem. Art. 13 und Art. 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) finden Sie unter www.neckar-odenwald-kreis.de/Datenschutz.de. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese auch in Papierform zu.

Nur für die Sachgebiete des Landratsamtes:

Nach Ziff. 01.01.00-01 der Anlage zur Gebührenverordnung des Landratsamtes ist für jeden wahrgenommenen Außendiensttermin eine Wegstreckenpauschale zu erheben. Wir bitten daher, den Vordruck auszufüllen und mit Ihrer fachlichen Stellungnahme an uns zurückzugeben.

Diesen finden Sie unter G:\Verfahrensunterlagen - FB2

Verteiler: -die Versendung erfolgt ausschließlich elektronisch-

1. Sachgebiet Gewerbeaufsicht
im Hause
juergen.sattler@neckar-odenwald-kreis.de
melanie.benter@neckar-odenwald-kreis.de

2. Sachgebiet Naturschutz
im Hause
Naturschutz@neckar-odenwald-kreis.de

Wir bitten um naturschutzfachliche und naturschutzrechtliche Stellungnahme.

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Hardheim 2 auf dem Gebiet der Gemeinde Hardheim“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 07.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

3. Umwelt-Technik und Naturschutz
Bodenschutz und Grundwasserschutz
im Hause
freddy.hasselbach@neckar-odenwald-kreis.de
rainer.beer@neckar-odenwald-kreis.de

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Hardheim 2 auf dem Gebiet der Gemeinde Hardheim“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 07.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

4. Feuerwehrwesen / Bevölkerungsschutz
Kreisbrandmeister
im Hause
joerg.kirschenlohr@neckar-odenwald-kreis.de

5. Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn
Baurechtsamt
Friedrich-Ebert-Str. 11
74731 Walldürn
info@gvv-hw.de

6. Gemeinde Hardheim
Schloßplatz 6
74736 Hardheim
rathaus@hardheim.de
7. Gemeinde Höpfingen
Heidelbergerstraße 23
74746 Höpfingen
gemeinde@hoepfingen.de
8. Stadt Walldürn
Burgstraße 3
74731 Walldürn
stadt@wallduern.de
9. Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2, Luftverkehr
Industriestr. 5
70565 Stuttgart
bauschutz-luftverkehr@rps.bwl.de

Luftfahrthindernisse sind ab 100 Metern über Grund zu kennzeichnen. Außerdem befindet sich das Vorhaben in der Nähe des Verkehrslandeplatzes Walldürn. Sie haben in dem früheren Genehmigungsverfahren mit Schreiben vom 15.06.2021 zu den luftfahrtrechtlichen Belangen Stellung genommen und der Errichtung und dem Betrieb der Anlagen HAR-1 und HAR-2 nach § 14 Abs. 1 LuftVG zugestimmt. Sollte eine erneute Zustimmung erforderlich sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung. Auf die nur dann geltende 2 Monatsfrist wird hingewiesen.

10. Regierungspräsidium Karlsruhe
Stabsstelle Energiewende, Windenergie u. Klimaschutz
Markgrafenstr. 46
76133 Karlsruhe
stewk@rpk.bwl.de

Bitte um Stellungnahme unter Bezug auf § 26 KlimaG BW.

siehe Verteiler

Landratsamt
Fachbereich 2
Umwelt – Recht
Immissionsschutz

Renzstraße 10
74821 Mosbach

www.neckar-odenwald-kreis.de

Kassandra Schuldt

Gebäude 1 - Zimmer 022
Telefon: 06261 / 84 1762
Telefax: 06261 / 84 4702
Kassandra.Schuldt
@neckar-odenwald-kreis.de

15.08.2023

Antrag der Firma EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für eine Windkraftanlage HAR-3 (Wechsel Anlagentyp)

Aktenzeichen: 2.152/OZ.: 229

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Entscheidung vom 29.12.2022 wurde der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von einer Windkraftanlage (HAR-3) erteilt. Zusammen mit den vier ebenfalls am 29.12.2022 immissionsschutzrechtlich genehmigten Windkraftanlagen der EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG in Hardheim (HAR-1 und HAR-2) und der EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG in Höpfingen (HÖP-1 und HÖP-2) bilden sie den Windpark „Kornberg-Dreimärker“.

Der o.g. Änderungsgenehmigungsantrag vom 28.06.2023 wurde am 04.07.2023 beim Landratsamt eingereicht. Die Firma EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG plant mit diesem Antrag den Wechsel des bisher genehmigten Anlagentyps wie folgt:

- WEA HAR-3: Wechsel des (genehmigten) Typs Enercon E-138 EP3 E2 mit einer Nennleistung von 4,2 MW, einer Nabenhöhe von 130,80 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,90 m in den Typ Enercon E-138 EP3 E3 mit einer Nennleistung von 4,26 MW, einer Nabenhöhe von 130,64 m, einem Rotordurchmesser von 138,25 m und einer Gesamthöhe von 199,76 m

Die Standortkoordinaten bleiben in Bezug auf die Genehmigung vom 29.12.2022 gleich.

Die EE BürgerEnergie Hardheim GmbH & Co. KG beantragte ebenfalls einen Wechsel des genehmigten Anlagentyps für die genehmigte Windkraftanlage HAR-2 und die EE BürgerEnergie Höpfingen GmbH & Co. KG für die Windkraftanlagen HÖP-1 und HÖP-2 des gleichen Windparks.

Wichtiger Hinweis (Verzicht Windkraftanlage HAR-1):

Gemäß den Antragsunterlagen zum Wechsel des Anlagentyps der Windkraftanlage HAR-2 erklärt die Vorhabenträgerin den Teilverzicht auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 29.12.2022, soweit hierdurch die Errichtung und der Betrieb der Windkraftanlage HAR-1 auf dem

Grundstück Flst.-Nr. 5409 der Gemarkung Hardheim-Bretzingen. Das bedeutet, dass die Errichtung der Windkraftanlage HAR-1 seitens der Vorhabenträgerin nicht länger weiterverfolgt wird, die Windkraftanlage HAR-2 jedoch mit einem Wechsel des Anlagentyps errichtet werden soll.

Der Teilverzicht wird von der Vorhabenträgerin allerdings unter der Bedingung erklärt, dass die beantragte Änderungsgenehmigung bzgl. des Typenwechsels für die Windkraftanlage HAR-2 erteilt wird. Lediglich die Immissionsschutzbehörde kann den Eintritt dieser Bedingung herbei führen, da diese auch die Genehmigungsbehörde der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022 war, sodass für die Beurteilung der Zulässigkeit des Typenwechsels bereits von einer Wirksamkeit des Verzichts auszugehen ist.

Die Anforderungen an den Wechsel eines Anlagentyps ergeben sich aus § 16b Abs. 7 Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Demnach müssen im Rahmen des Änderungsgenehmigungsverfahrens nur dann Anforderungen geprüft werden, soweit durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können. Die behördliche Prüfung ist somit auf zusätzliche Auswirkungen durch das Änderungsvorhaben beschränkt.

Die Unterlagen zum Antrag auf Erteilung der immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigung für den Anlagentypwechsel (einschließlich der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung vom 29.12.2022) bei der Windkraftanlage HAR-3 können unter dem Link

<https://cloud.neckar-odenwald-kreis.de/s/HJp37sm6eoNLZMo>

abgerufen werden. Das Passwort wird in einer separaten Mail übermittelt.

Jede Weitergabe, Nutzungsüberlassung, Vervielfältigung etc. an Dritte ist ohne vorherige Zustimmung durch die Genehmigungsbehörde nicht gestattet.

Sie erhalten für jeden Änderungsgenehmigungsantrag eine gesonderte Anhörung gemäß § 10 Abs. 5 BImSchG mit den jeweils zugehörigen Antragsunterlagen. Wir bitten darum, die Stellungnahmen auch für jeden Antrag getrennt abzugeben.

Bei der vorliegenden Fachstellenanhörung zum Änderungsgenehmigungsantrag ist nur der Typenwechsel - jedoch bereits unter Berücksichtigung des Verzichts auf die Windkraftanlage HAR-1 zu beurteilen. Hinsichtlich des Verzichts und die damit verbundene etwaige Änderung der festgesetzten Nebenbestimmungen der Genehmigung vom 29.12.2022 ergeht eine separate Anhörung der betroffenen Fachstellen zu einem späteren Zeitpunkt.

Da Ihr Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, bitten wir zunächst um Prüfung, ob gemäß den o.g. Anforderungen an einen Anlagentypenwechsel durch die Änderung des Anlagentyps im Verhältnis zur genehmigten Anlage nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können (§ 10 Abs. 5 BImSchG bzw. § 16b Abs. 7 BImSchG).

Trifft dies zu, bitten wir im nächsten Schritt um Durchsicht, ob die vorliegenden Pläne und Beschreibungen aus Ihrer Sicht für die weitergehende Prüfung vollständig sind. Sollten die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung nicht ausreichend sein und weitere Unterlagen benötigt werden, bitten wir Sie, uns dies spätestens bis zum **29.08.2023** mitzuteilen. Eine Rückmeldung ist auf jeden Fall erforderlich.

Wenn die Antragsunterlagen für Ihre fachliche Beurteilung ausreichend sind, bitten wir um abschließende Stellungnahme zum Vorhaben bis spätestens **14.09.2023** (§ 10 Abs. 5 BImSchG).

Wir weisen darauf hin, dass gemäß § 10 Abs. 5 Satz 2 BImSchG davon auszugehen ist, dass die beteiligte Behörde sich bei einem Verfahren zur Genehmigung einer Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien nicht äußern will, wenn sie innerhalb einer Frist von einem Monat keine Stellungnahme abgegeben hat.

Bitte beachten Sie bei der Abgabe Ihrer Stellungnahme die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien nach § 2 des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023). In Ihrer Stellungnahme ist das überragende öffentliche Interesse und die Dienlichkeit der Errichtung und des Betriebes von Erneuerbaren-Energie-Anlagen für die öffentliche Sicherheit besonders zu berücksichtigen.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt nach § 13 BImSchG andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme der im Gesetz genannten Entscheidungen mit ein. Da die materiellen Vorschriften, die für das ersetzte Verfahren gelten, im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu beachten sind, bitten wir, Bedingungen, Auflagen und inhaltliche Beschränkungen zu Ihrem Aufgabenbereich mitzuteilen, damit diese in der Genehmigung berücksichtigt und mitaufgenommen werden können.

Sollten zur Verwirklichung des Vorhabens anlagenbezogene Befreiungen, Ausnahmen oder ähnliche Entscheidungen erforderlich sein (z.B. § 67 BNatSchG i.V.m § 54 NatSchG), bitten wir in der Stellungnahme die Rechtsgrundlage anzugeben und zu begründen sowie einen Entscheidungsvorschlag zu formulieren. Wir bitten darum, erforderliche Nebenbestimmungen auf einem gesonderten Blatt beizufügen.

Für eine leichtere und schnellere Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen bitten wir Sie, Ihre Stellungnahme in Papierform und zusätzlich elektronisch an die E-Mail-Adresse Isabell.Grimm@neckar-odenwald-kreis.de zu übersenden. Sollten Sie Ihrer Stellungnahme Pläne beifügen, bitten wir um Übersendung von zwei Fertigungen in Papierform und zusätzlich in elektronischer Form.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i.V.
Grimm

Anlage beteiligte Stellen

Hinweise zum Datenschutz gem. Art. 13 und Art. 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) finden Sie unter www.neckar-odenwald-kreis.de/Datenschutz.de. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese auch in Papierform zu.

Nur für die Sachgebiete des Landratsamtes:

Nach Ziff. 01.01.00-01 der Anlage zur Gebührenverordnung des Landratsamtes ist für jeden wahrgenommenen Außendiensttermin eine Wegstreckenpauschale zu erheben. Wir bitten daher, den Vordruck auszufüllen und mit Ihrer fachlichen Stellungnahme an uns zurückzugeben.

Diesen finden Sie unter G:\Verfahrensunterlagen - FB2

Verteiler: -die Versendung erfolgt ausschließlich elektronisch-

1. Sachgebiet Gewerbeaufsicht
im Hause
juergen.sattler@neckar-odenwald-kreis.de
melanie.benter@neckar-odenwald-kreis.de

2. Sachgebiet Naturschutz
im Hause
Naturschutz@neckar-odenwald-kreis.de

Wir bitten um naturschutzfachliche und naturschutzrechtliche Stellungnahme.

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Hardheim 3 auf dem Gebiet der Gemeinde Hardheim“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 08.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

3. Umwelt-Technik und Naturschutz
Bodenschutz und Grundwasserschutz
im Hause
freddy.hasselbach@neckar-odenwald-kreis.de
rainer.beer@neckar-odenwald-kreis.de

Das Vorhaben bedarf außerdem gemäß § 7 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung der UVP-Pflicht. Grundlage für die Prüfung ist insbesondere die von der Vorhabenträgerin vorgelegte Unterlage „UVP-Vorprüfung für die WEA Hardheim 3 auf dem Gebiet der Gemeinde Hardheim“, erstellt vom Büro Ökologie und Stadtentwicklung vom 04.07.2023, geändert am 08.08.2023, in Register 15.1.

Mit Nachricht vom 21.07.2023 bzw. 09.08.2023 haben wir Sie hierzu bereits um Prüfung gebeten, ob das Vorhaben im Hinblick auf die naturschutzrechtlichen Belange erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Fehlanzeige war erforderlich.

4. Feuerwehrwesen / Bevölkerungsschutz
Kreisbrandmeister
im Hause
joerg.kirschenlohr@neckar-odenwald-kreis.de

5. Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn
Baurechtsamt
Friedrich-Ebert-Str. 11
74731 Walldürn
info@gvv-hw.de

6. Gemeinde Hardheim
Schloßplatz 6
74736 Hardheim
rathaus@hardheim.de
7. Gemeinde Höpfingen
Heidelbergerstraße 23
74746 Höpfingen
gemeinde@hoepfingen.de
8. Stadt Walldürn
Burgstraße 3
74731 Walldürn
stadt@wallduern.de
9. Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 46.2, Luftverkehr
Industriestr. 5
70565 Stuttgart
bauschutz-luftverkehr@rps.bwl.de

Luftfahrthindernisse sind ab 100 Metern über Grund zu kennzeichnen. Außerdem befindet sich das Vorhaben in der Nähe des Verkehrslandeplatzes Walldürn. Sie haben in dem früheren Genehmigungsverfahren mit Schreiben vom 15.06.2021 zu den luftfahrtrechtlichen Belangen Stellung genommen und der Errichtung und dem Betrieb der Anlage HAR-3 nach § 14 Abs. 1 LuftVG zugestimmt. Sollte eine erneute Zustimmung erforderlich sein, bitten wir um entsprechende Mitteilung. Auf die nur dann geltende 2 Monatsfrist wird hingewiesen.

10. Regierungspräsidium Karlsruhe
Stabsstelle Energiewende, Windenergie u. Klimaschutz
Markgrafenstr. 46
76133 Karlsruhe
stewk@rpk.bwl.de

Bitte um Stellungnahme unter Bezug auf § 26 KlimaG BW.